

DANIEL WISSER

**TAUSEND KLEINE  
TRAURIGKEITEN**

POLITISCHE KOMMENTARE

BAHOE BOOKS

## Inhalt

Statt einem Vorwort: Die große Traurigkeit	7
Zurück zur Kultur	15
Die Krise kommt nach der Krise	19
Fake-Literatur als Industrienorm	23
Das Zeitalter der Erschöpfung	26
Wie wir mit einer kaputten Maschine weiterarbeiten müssen	30
Ich habe gemessen	34
Alternative Konzentrationslager	38
Sternstunde der Menschlichkeit?	41
Polymeros I	45
4.500 Kunhar pro Minute	49
Mahasattiuppathana	53
NEU NEU NEU!!!	57
Der Dreck	61
Regen ist kein Applaus	65
This Is the End	69
Seil durchtrennt	73
Jo eh!	77
26. Juni 2021	81
Zerkleinern wäre sehr lieb	86
Es wird nicht exerziert	89
Freiheit für die Liberalen	93
Blau-Schwarz	97
Mahlzeit	101
Messages without Control	106
Das Außen-I	110

Was uns nach vorne bringt	114
Die Lüge und die Hörligkeit	118
With a Little Kickl	123
Faorschung in der Pandemie	127
Das Österreich, das wir kannten	132
Lasst euch nicht einschüchtern!	136
Alle wissen es	140
Meinten Sie die Freiheit, die ich meine?	144
Gebt den Ischglern Ischgl zurück	148
Heilige Waschmittel	152
Tausend kleine Traurigkeiten	156
Das ist bei uns nicht möglich	160
Die Legende von der Dienstreise	164
Weihnachten, der Tag der Schande	168
Return of the Strizzi	172
Sauerteig und sechste Staffel	176
Österreich zuletzt	180
Trolle der Kontrolle	184
Leichen über Leichen über Leichen	188
Nicht links, nicht grün	192
Opfer des Terrorismus oder der Politik?	196
Das Schlimmste verhindern	199
Fundamentalregierung	202
Die Müdigkeit der Bürger	206
Down by Clown	210
Die Veränderung ist beendet	215
Doktor Adler und Frau Austria	218
Pflicht zum Widerstand	227
Quellenangaben	231

## Statt einem Vorwort: Die große Traurigkeit

Dieses Buch ist das Produkt von Wut, Entsetzen und einer großen Traurigkeit. In dieser Reihenfolge haben sich diese Zustände bei mir eingestellt; oder in anderer Reihenfolge, was eigentlich keine Rolle spielt. Im März 2020 wurde ich von einem großen österreichischen Medium eingeladen, einen Artikel über den Lockdown zu schreiben. (Ich verrate nicht, welches Medium, denn es geht hier nicht darum, einen Einzelnen vorzuführen, sondern ein gesellschaftliches Symptom ausfindig zu machen.) Ich schrieb den Artikel, in dem auch zwei kritische Bemerkungen über die österreichische Bundesregierung enthalten waren. Schon an der Stille nach der Abgabe bemerkte ich, dass etwas nicht stimmte. Schließlich teilte man mir mit, man wolle den Artikel nicht bringen, weil man eng mit der Bundesregierung kooperiere und sich mit meiner Kritik an ihr schwer tue.

Ich war fassungslos. Ich habe in meinem Leben viel gelesen von Autorinnen und Autoren, die mit Zensur zu kämpfen hatten, deren Werke verbannt oder verbrannt wurden oder die man einfach nicht zu Wort kommen ließ, weil sie politisch nicht genehm waren. Bis dahin hielt ich Zensur für etwas, das es nur in unserer Geschichte gegeben hatte oder eben in anderen Ländern, von denen wir uns eben durch größere Freiheit und eine entwickelte Demokratie unterscheiden.

Der Artikel erschien also nicht. Das Abschlagshonorar kassierte ich ebenfalls nicht, denn ich möchte vom Arbeiten leben und nicht vom Nicht-Arbeiten. Was blieb, war das Entsetzen darüber, wie weit Österreichs Presse bereits parteipolitisch unterwandert war. Dabei spielt natürlich der vorausseilende Gehorsam als Motiv eine größere Rolle als tatsächliche Bedrohung oder Korruption. Das macht die

Sache aber nur schlimmer, weil jene Mächte, die die Presse kontrollieren wollen, dadurch eine enorme Hebelwirkung erreichen.

Ich habe mich also entschlossen, politische Artikel zu schreiben. Einige wenige hatte ich seit 2017 ja schon geschrieben. Dann bot mir ein Medium, das sich in den letzten Monaten als wichtiges und mutiges Bollwerk gegen die Zersetzung der Demokratie entpuppt hat, eine Kolumne an. Ein Jahr lang schrieb ich diese Kolumne. Ich bin sehr dankbar für die vielen lobenden und ermunternden Worte und E-Mails, die ich dafür bekommen habe. Alle Texte sind nun hier mit allen anderen politischen Artikeln abgedruckt, die ich in den Jahren 2017 bis 2021 geschrieben habe.

Ich hätte mich gerne mit anderen Dingen beschäftigt als mit den tausend kleinen Traurigkeiten der implodierenden österreichischen Demokratie – doch es war notwendig. Es war notwendig einer der wenigen zu sein, die angesichts der scheinbaren Übermacht die Stimme erheben. Ich hoffe, dass nun immer mehr Menschen den Mut finden, sich wieder offen zur Lage Österreichs zu äußern. Ich danke jenen Kulturschaffenden, die in den letzten vier Jahren den Mut hatten, sich dem Populismus und der Zensur der Regierung entgegenzustellen. Und ich bedaure die vielen Kulturschaffenden, die aus Taktik oder Angst geschwiegen haben, und vor allem jene, die sich der Regierung anbiedern wollten. Beide haben hoffentlich daraus gelernt, dass Angst in unserer Situation kein guter Fremdenführer ist.

Die tausend kleinen Traurigkeiten können also diesen Artikeln entnommen werden, die hier in gestürzter Chronologie (also bei den aktuellen beginnend und immer weiter in die Vergangenheit gehend) abgedruckt sind. Die große Traurigkeit ist übrig geblieben für diesen Artikel, der den anderen vorausgeschickt sei. Die große Traurigkeit besteht für mich nicht darin, dass wir in unserer demokratischen Entwicklung trotz ideologischer Meinungs-

verschiedenheiten nicht viel weiter sind. In Wahrheit müssen wir feststellen, dass alles schlimmer geworden ist und dass wir nicht einmal das Niveau sozialer Verteidigung aus den 70er- und 80er-Jahren halten konnten. Natürlich ist es wichtig, den antide-mokratischen Kräften, die heute in unserem Land kein Hehl mehr aus ihren Bestrebungen machen und in der Regierung sitzen, zu entgegnen, ihre Propaganda als solche zu enttarnen und ihren Lügen Wahrheiten entgegenzusetzen. Natürlich sind Bücher wichtig, die Befunde dafür liefern, wieso die einst demokratischen Bestrebungen der konservativen und christlichen Parteien derart in die rechte, populistische, autoritäre Ecke rutschen konnten. Doch diese Befunde scheinen unsere ganze Kraft zu kosten und die Bücher, die voll damit sind, liefern uns keine neuen Erkenntnisse, sondern höchstens bessere Formulierungen der Gedanken, die wir uns ohnehin ständig machen.

Hier muss eine alte Erkenntnis der sozialen Verteidigung und des Pazifismus aus der Zeit des Wettrüstens im Kalten Krieg neu gewonnen werden: Die Erkenntnis, dass wir, um die Diskussion weiter nach links zu rücken, unilaterale Maßnahmen brauchen und die Utopie einer Gesellschaft, deren Realisierung nicht kurzfristig machbar erscheint. In den Abrüstungsbestrebungen der Großmächte erkannte man bald – nach dem vielen Applaus für die Konferenzen, Treffen und Gespräche der damaligen Supermächte –, dass dort nichts anderes stattfand, als die Vereinbarung der Spielregeln für künftige Kriege. Die kriegerische Auseinandersetzung wurde dort in Wahrheit affirmiert, konsequenter Pazifismus brauchte andere Visionen – Visionen tatsächlicher Gewaltfreiheit. Die Rüstungskontrolle hatte niemals vor, die Rüstung abzuschaffen. Nötig waren daher unilaterale Maßnahmen, die Paradigmenwechseln möglich machen ohne auf dem Niveau des Gegenüber beharren zu müssen. Die größte Bewegung im Patt zwischen der UdSSR und den USA entstand durch

Glasnost und Perestrojka, einer Veränderung, die die UdSSR durchmachte, ohne sie mit anderen Staaten auszuhandeln.

Heute wollen Rechtsparteien unabhängige Rechtsprechung, parlamentarische Kontrolle sowie Presse und Meinungsforschung unter ihre Kontrolle bringen. Hinter ihnen stehen Großindustrielle und Reiche, deren Kapital sich so schnell von selbst vermehrt, dass es ihnen möglich ist, immer größeren politischen Einfluss zu kaufen. Die Sozialdemokratie ist nicht tot. Es wird für sie nur immer schwieriger, Wahlen zu gewinnen und in Parlamenten mit fünf, sechs oder mehr Parteien Koalitionen zustande zu bringen. Sie wird in ihren Regierungsphasen nicht nur die schlimmsten Maßnahmen rechter Regierungen rückgängig machen müssen, sondern ihre Zeit nutzen, um progressive Politik zu machen, die die Schere zwischen Arm und Reich schließt und die Zerstörung des menschlichen Lebensraums durch den Menschen selbst verhindert. Es wird nicht reichen, wenn sozialdemokratische oder sozialdemokratisch geführte Regierungen kapitalistische Politik abschwächen oder sanfter betreiben als rechte Parteien. Damit setzen sie dem Rechtsruck, der in den Jahren 1979 bis 1982 in fast allen westlichen Demokratien begann, nichts entgegen und damit werden sie auch nur dem nächsten Rechtsruck der konservativen Parteien zuarbeiten, der härter, radikaler und in Europa offen EU-feindlich sein wird.

Es darf weder in der Sozialpolitik noch in der Ökologie so weit kommen, dass die Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft und der Umwelt an grünen Tischen die Spielregeln für diese Ausbeutung festlegen. Das Volk muss über seine Parlamente die Regeln vorgeben. Wirtschaft und Industrie müssen dazu staatlich kontrolliert werden und in Bereichen, in denen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt zügellos geworden ist, muss das Verschwinden privater Unternehmen zugunsten staatlicher Monopole erwogen werden; so etwa in der Luftfahrt, in der die Forderung nach dem Pri-

mat der Wirtschaft schon so ausgeartet ist, dass nun Staaten private Anbieter mit Steuergeldern fördern – dass also mit einem Wort die Regierung das eigene Volk beraubt.

Wenn man sich dagegen wehren will, muss einem klar sein, dass es sich beim Primat der Wirtschaft um Gewaltausübung handelt. Denn es gibt nicht nur physische, sondern auch strukturelle Gewalt. Diese äußert sich vor allem in sozialer Ungleichheit. Die Auswirkungen struktureller Gewalt sind messbar. Und sie muss auch strukturell bekämpft werden und nicht durch Mildtätigkeit ehrenamtlicher Vereine für die Opfer dieser Gewalt.

All diese Überlegungen sind längst angestellt worden – vor vielen Jahrzehnten. Als Schriftsteller ist man darauf bedacht, Neues zu entwickeln und nicht alte Konzepte als seine eigenen zu verkaufen. Die reale Politik in unserem Land hat sich so weit von ihren früheren Grundsätzen und dem demokratischen Konsens der letzten Jahrzehnte entfernt, dass wir nicht nach neuen Konzepten suchen müssen, sondern auf viele bereits formulierte Ideen zurückgreifen können, um die drohende Oligarchie zu verhindern und die Demokratie wieder zu festigen. Doch es ist nicht die große Traurigkeit, diesen Rückschritt sehen zu müssen und zugeben zu müssen, dass alles schlimmer geworden ist.

Natürlich ist es bestürzend, dass sich das österreichische Volk auf dem Würgegriff einer Regierung, die ihre Macht auf gezielter Täuschung der Wählerinnen und Wähler auch jetzt nicht entziehen kann, da diese Täuschung öffentlich bekannt und benannt wurde. Die wenigen, die hier die Mehrheit getäuscht haben, werden von dieser Mehrheit teils in Schutz genommen, teils wird die Realität einfach ignoriert. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass es dem Österreicher offensichtlich leichter fällt, mit der Lüge zu leben, als durch das Eingestehen eines Irrtums reinen Tisch zu machen und sich selbst von der Lüge zu befreien. Leider scheint das aber nicht

nur für die Vergangenheit zu gelten, sondern auch für die Gegenwart. Und es bleibt zu befürchten, dass der Reflex des *Jetzt erst recht!* auch in der Zukunft eine von Boulevardblättern abrufbare masochistische Massenpsychose ist und wir ihr damit wieder begegnen werden.

Natürlich ist es bestürzend, dass selbst wichtige und intelligente Journalisten großer österreichischer Medien diesbezügliche Warnungen immer noch als Alarmismus abtun. Damit stimmen sie unbewusst in den Chor der Regierungspropaganda ein, deren Taktik darin besteht, nicht rechtsextreme und rechtspopulistische Redner zu ermahnen, sondern die, die vor ihnen warnen zu Ordnung zu rufen. So grotesk es ist, dass die Regierung es sich nach allen ihren Lügen, ihrem Betrug und der Menschenfeindlichkeit und dem Hass, den ihre Kommunikation preisgibt, herausnimmt, andere zur Ordnung zu rufen – die Hybris, das Mahnen vor demokratiefeindlicher Politik auch noch zu maßregeln. Heute zitieren Konservative und rechte Politiker gerne jenen berühmten Kreisky-Satz, der notorisch falsch wiedergegeben wird: *Lernen S' a bissl Geschichte, dann werdens sehen, Herr Reporter, wie das in Österreich sich damals im Parlament entwickelt hat.* Noch schwerwiegender ist aber, dass der Zusammenhang verschwiegen wird, in dem dieser Satz fiel, der einen Putschversuch in Spanien in der Nacht davor kommentierte, und eine Parallele zur Ausschaltung des Parlaments in Österreich im Jahr 1934 zog: *Ich habe die erste Republik mit all den Justiztricks der damals regierenden Christlich-Sozialen-Partei erlebt. Und ich werde früh genug warnen und lass mir das Recht, das zu tun, von niemandem streitig machen.* Kreisky mahnt also das Recht zu warnen ein. Ich halte es nicht nur für ein Recht des Einzelnen, sondern sogar für eine Pflicht.

Natürlich ist es bestürzend, dass wir uns mit Selbstverständlichkeiten herumschlagen, dass wir um längst erkämpfte Rechte und

Erkenntnisse erneut kämpfen müssen. Das zeigt, wie beschädigt die Demokratie bereits ist.

Dennoch: Traurigkeit ist keine politische Kategorie. Sie befällt den Einzelnen, genauso wie die Müdigkeit, die einem beim Anschauen-Müssen immer derselben Propaganda und Lügen der Regierung befällt. Der Einzelne soll und muss sich auch davon erholen. Doch die Mehrheit darf dem Druck, den eine politische Minderheit auf die Demokratie ausübt nicht nachgeben. Niemals.

Die große Traurigkeit besteht darin, dass die Gräben, die Hass und Fanatismus in dieses Land gerissen haben, nun Familien und Freundschaften durchziehen. Eine Mehrheit in diesem Land wählt zwei Parteien, deren oberste Maxime ist es, Andersdenkenden nicht einmal für ihre besten Einfälle und politischen Maßnahmen Anerkennung auszusprechen, geschweige denn, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Jeden Inhalt, jede kluge Idee sind sie bereit zu opfern, wenn nur die Andersdenkenden zu kurz kommen. Diese Bössartigkeit und Gehässigkeit, die in den Parteizentralen der gemeinten Parteien heute strategisch und mechanisch ausgeübt wird, hat nun Familien und Freundschaften erreicht. Sie hat die Gesellschaft krank gemacht. Und sie macht die Menschen krank. Diese Parteien sind die FPÖ seit der Parteiübernahme durch Jörg Haider und die ÖVP seit der Übernahme durch Sebastian Kurz. Sie torpedieren jeden demokratischen Konsens, die Sozialpartnerschaft und jeden möglichen Schulterschluss mit der Sozialdemokratie. Sie wenden sich heute gegen die Demokratie, die Unabhängigkeit der Justiz, die Kontrollfunktion des Parlaments und die Pressefreiheit. Und bevor nun die üblichen ÖVP-Entgegnungen *Das war schon immer so* und *Das hat die Sozialdemokratie auch so gemacht* ausgepackt werden, muss ich entschieden entgegnen: Nein, keine SPÖ-Alleinregierung und keine von der SPÖ geführte Koalitionsregierung hat jemals die Demokratie in solcher Weise angegriffen und ausgehöhlt.

Doch wir sind nicht am Ende der Geschichte. Und so hoffe ich, dass sich schon in nächster Zukunft mehr und mehr Menschen aus dem Schrecken der letzten Jahre, der allen noch in den Knochen sitzt, ihre Lehren ziehen und sich zu Wort melden werden. Aus meinem Schrecken ist immerhin dieses Buch geworden. Und wenn auch politische Kommentare schneller veralten als die Finger die Tastatur bedienen können, so bleibt doch die Hoffnung des Autors, dass irgendwer irgendwo in diesem Buch einen Gedanken findet, den er in einer ähnlichen Krise einmal wird brauchen können.

Daniel Wisser, im Oktober 2021